

Wo die Strassen keine Namen tragen

Die in Argentinien verbreiteten Elendssiedlungen nehmen trotz Wirtschaftswachstum nicht ab

«Villas miseria» heissen die Armenviertel Argentiniens. Den Bewohnern fehlen die Mittel für einen formalen Wohnsitz mit elementarer Infrastruktur. Auch mit dem neuen wirtschaftlichen Wachstum werden die Elendsviertel nicht kleiner.

Larissa Tschudi

Wenn man mit dem Auto oder mit dem Zug nach Buenos Aires hineinfährt, sticht etwas sofort ins Auge: die Armenviertel, die grosse Strecken von Autobahn und Zuglinien säumen, Häuser, wie zusammengeflickt aus offensichtlich billigen und schlechten Baumaterialien. Auf den Satellitenbildern sehen diese Wohngebiete aus wie braungraue Flecken, weil die engen Strassen und Gassen nicht asphaltiert sind. Auf den Landkarten sind es oft leere Stellen, weil viele der namenlosen Strassen und Gebäude offiziell gar nicht existieren. Man nennt sie «villas miseria» oder «villas de emergencia», Elendsviertel oder Notquartiere, in gewissen Fällen auch einfach «asentamientos», Siedlungen.

Landesweites Phänomen

Solche Siedlungen gibt es nicht nur um und in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires, sondern im ganzen Land. So beispielsweise auch am Stadtrand von Bariloche, dem beliebten argentinischen Wintersportort in den Anden, auch die kleine Schweiz von Argentinien genannt. Sogar in der südlichsten Stadt des Landes, in Ushuaia, frisst sich am Stadtrand, zuoberst an einem steilen Hang, eine Siedlung in den angrenzenden Wald. Am zahlreichsten sind sie jedoch im Grossraum rund um Buenos Aires, auch Gran Buenos Aires genannt, in dem etwa ein Viertel von Argentiniens Bevölkerung lebt, also gegen zehn Millionen Personen.

Die argentinische Nichtregierungsorganisation «Un Techo para mi País» (UTPMP), übersetzt «Ein Dach für mein Land», hat im Oktober 2011 eine umfassende Studie über die Armensiedlungen in Gran Buenos Aires veröffentlicht. Die Studie versucht ein Phänomen zu skizzieren und in Zahlen zu fassen, zu dem wenig systematische Information

existiert und das sich fortlaufend weiter verändert. Dieser Raum – die Hauptstadt selbst nicht mit eingerechnet – zählt laut der Studie gegenwärtig 864 informelle Siedlungen, in denen knapp über eine halbe Million Familien leben. Fast ein Viertel der Siedlungen ist in den letzten 6 bis 14 Jahren entstanden. Sie tragen hoffnungsvolle Namen wie «La Prosperidad», der Wohlstand, oder «El Progreso», der Fortschritt, etwas profanere Bezeichnungen wie «Viadukt» oder trostlose wie «Ohne Namen 25» und «Villa 48».

Fehlende Infrastruktur

Das Grundproblem in diesen Siedlungen ist das Fehlen einer elementaren Infrastruktur. In der Studie wird eine Villa oder ein Asentamiento als eine Gruppierung von mehr als acht Familienhaushalten definiert, die zu mindestens einem der öffentlichen Systeme für Trinkwasser, Elektrizität oder Kanalisation keinen Zugang haben. Die Häuser befinden sich auf Boden, zu dem die Siedler nicht auf reguläre Weise gelangt sind. Eine Villa ist dicht gebaut, oft mit derart eng verschachtelten Häusern und Gassen, dass keine Fahrzeuge durchkommen, auch keine Ambulanz- und Polizeiautos. Ein Asentamiento dagegen ist etwas lockerer gebaut. Die Häuser und Hütten stehen dort weiter auseinander, und es wird auch für Strassen, Fussballplätze oder Schulen Platz freigehalten.

Beide Siedlungsformen entstehen auf Grundstücken mit sehr geringem Wert, also dort, wo sonst niemand wohnen möchte: in Flussbetten, entlang grosser Verkehrsachsen oder in der Nähe von Abfallhalde. Die Standorte sind für die Bewohner oftmals mit einem Gesundheitsrisiko verbunden. Die Leute ziehen dorthin, weil ihnen die Mittel oder die nötigen Dokumente fehlen, um auf formellem Weg zu einem Wohnsitz zu gelangen. Heute sind viele ihrer Bewohner Migranten aus nördlichen Regionen Argentiniens sowie Immigranten aus dem benachbarten Ausland, mehrheitlich aus den Ländern Bolivien und Paraguay. Sie kommen auf der Suche nach Arbeit oder um einer noch misslicheren Situation zu entkommen.

Laut Studie sind 85 Prozent dieser Siedlungen nicht an das öffentliche

Kanalisationssystem angeschlossen. Als Ersatz müssen selbstgebaute Sickergruben dienen. Zu 80 Prozent ist zudem kein Abflusssystem für das Regenwasser vorhanden. Wenn es regnet, werden daher vielerorts die Behausungen überschwemmt und die nicht asphaltierten Strassen aufgeweicht. Das in der Folge in offenen Gräben und Kloaken zurückbleibende Wasser fördert die Verbreitung von Krankheiten. Die Abfallsorgung funktioniert in nur 82 Prozent der Siedlungen. Den restlichen Bewohnern bleibt kaum etwas anderes übrig, als den Abfall selbst zu verbrennen. Die dabei entstehenden Dämpfe und der Rauch stellen ein weiteres Gesundheitsrisiko dar.

In 83 Prozent der Villas sind die Häuser nicht an das öffentliche Gasnetz angeschlossen, und ein direkter Anschluss ans öffentliche Stromnetz existiert im Durchschnitt nur in jeder dritten Siedlung. Viele Haushalte montieren daher klandestine Anschlüsse an die Stromleitungen, was von den Anbietern zwar toleriert wird, jedoch mit erhöhtem Brandrisiko verbunden ist. Nur etwa ein Drittel der Haushalte verfügt zudem über einen hausinternen Anschluss ans öffentliche Trinkwassersystem. Die anderen müssen das Wasser ausserhalb des Hauses, beim Nachbarn oder an einer externen Verteilstelle holen.

Bei den besiedelten Gebieten handelt es sich mehrheitlich um staatliche, zu einem Teil aber auch um private Grundstücke. In 73 Prozent der Fälle wird dieses Land unter den Bewohnern vermietet oder sogar verkauft, obwohl sie es rechtmässig nicht besitzen. Es besteht praktisch ein Schein-Immobilienmarkt, auf dem mit den im Grunde genommen «besetzten» Grundstücken gehandelt wird, wenn auch zu deutlich tieferen Preisen. Da die Bewohner nicht die legalen Mieter oder Besitzer sind, müssen sie ohne jede juristische Sicherheit auskommen. Die Gefahr einer Räumung ist dementsprechend stets präsent. Je weiter entwickelt jedoch die Siedlung ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie geräumt wird. In den meisten Fällen werden die Siedlungen, zumal unter der heutigen Regierung, toleriert. Die Armenviertel im Umkreis der Hauptstadt sind kein neues Phänomen. Sie gehen auf die dreissiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurück. Damals zogen viele Ar-

gentinier vom Land in die Stadt, ange- lockt durch die einsetzende Industriali- sierung und die dort entstehenden Ar- beitsmöglichkeiten. Auf der Suche nach verfügbarem und billigem Land wurden sie ausserhalb der Stadt fündig. Viele siedelten sich entlang der Zuglinien an, die zu ihrem Arbeitsplatz führten. So entstanden im Umkreis von Buenos Aires die ersten Siedlungen. Ab den neunziger Jahren bildeten sie sich auch entlang der Autobahnen. Mit der schweren Wirtschaftskrise von 2001 er- fuhren die Elendsviertel einen deut- lichen Zuwachs. Allerdings kommen trotz der wirtschaftlichen Erholung der letzten Jahre laufend neue hinzu, vor allem an der äussersten Peripherie von Gran Buenos Aires.

Abwesender Staat

Die soziale, wirtschaftliche und urbane Integration der Villa-Bewohner ist ei- gentlich ein Traktandum auf der nation- alen Agenda. Seit 2004 steht zudem für Programme der Regierung zur Ver- besserung der Lebensqualität in diesen Siedlungen auch wieder mehr Geld zur Verfügung, etwa für den Bau von Häu- sern. Aber diese Programme werden bis jetzt nur in einer Minderheit der Sied- lungen umgesetzt. In der Mehrheit der Fälle bleibt der Staat weiterhin ab- wesend. Von staatlich subventionierten Gütern wie Gas können viele, die diese Subventionen dringend nötig hätten, nicht profitieren, da sie nicht an das öffentliche Netz angeschlossen sind und auf die wesentlich teurere Versorgung mit Gasflaschen ausweichen müssen.

Auch die öffentliche Bildung bietet nicht unbedingt einen garantierten Aus- weg aus der Misere dieser Siedlungen. Jedenfalls nicht für die junge Genera- tion der «Villa 31», einer der grössten und ältesten Armensiedlungen von Buenos Aires, die sich hinter dem gros- sen Zug- und Busbahnhof Retiro befin- det. «Grundsätzlich ist die öffentliche Bildung in Argentinien tatsächlich für alle offen und gratis», sagt Patricia Suá- rez, pädagogische Assistentin an der Sekundarschule Padre Carlos Mujica, die direkt vor der «Villa 31» liegt. Es mangle zumindest in der Hauptstadt nicht an Schulen, doch nur etwa die Hälfte der Primarschulabgänger aus dem Quartier schlössen auch die Se- kundarschule erfolgreich ab. Viele Schüler müssen laut Suárez arbeiten gehen, werden ungewollt Eltern oder nehmen Drogen. Sie verpassen den An- schluss und kommen deshalb irgend- wann nicht mehr.

Die Herkunft als Hürde

Die Schulabgänge seien allerdings nicht das einzige Problem, meint Suárez. Auch wenn es ein Schüler schaffe, die Schule zu beenden, stelle sich ihm seine

Herkunft spätestens bei der Stellen- suche in den Weg. Wenn aus dem Lebenslauf ersichtlich werde, dass je- mand in einer Villa aufgewachsen sei, sänken seine Chancen auf eine gute Stelle praktisch auf null. Die Namen der Schulen und die Wohnadressen sind In- formationen, die auf diese Herkunft hinweisen und die man nicht aus einem Lebenslauf weglassen kann. So nehmen die jungen Generationen, wie bereits die Eltern, die Arbeit an, die sie erhal- ten: als Haushaltshilfen, auf dem Bau oder in der Fabrik, in der Regel schlecht bezahlt und häufig im informellen Sek- tor. Und sie bleiben meistens dort, wo sie aufgewachsen sind. Die Bevölke- rung der Villas nimmt dadurch kontinu- ierlich zu.

Vor diesem Hintergrund wirken die Schilder der Regierung unter Präsiden- tin Kristina Kirchner mit der Aufschrift «Aquí también la Nación crece», – die Nation wächst auch hier –, die im gan- zen Land aufgestellt sind, bestenfalls zweideutig. Argentiniens Wirtschaft wächst laut den Zahlen wieder, aber nicht für alle. Ein grosser Teil der Bevöl- kerung bleibt von diesem Wachstum ausgeschlossen.